

1. „PROFANES“:

https://www.bild.de/news/inland/news-inland/jetzt-soll-sogar-die-polizei-an-den-beckenrand-geschlossen-freibaeder-kapitulier-84652196.bild.html?t_ref=https%3A%2F%2Fm.bild.de%2Fnews%2Finland%2Fnews-inland%2Fjetzt-soll-sogar-die-polizei-an-den-beckenrand-geschlossen-freibaeder-kapitulier-84652196.bildMobile.html 12.7.2023
<https://tinyurl.com/3pp37jjn>

Geschlossen! Freibäder kapitulieren vor der Gewalt

Berlin – Schlägereien, Verletzte, die Sicherheit nicht mehr zu gewährleisten. Freibäder kapitulieren nun erstmals vor der ausufernden Gewalt. Das Personal in den Bädern meldet sich reihenweise krank!

► [In Berlin musste das Columbiabad in Neukölln am Sonntag wieder einmal geräumt und geschlossen werden.](#) Grund: ein brutaler Streit zwischen Jugendlichen, Bademeistern und Sicherheitspersonal.

► Im Prinzenbad in Berlin-Kreuzberg wurde am Sonntagnachmittag ein Mann (20) krankenhauserreif geprügelt, weil er ein Mädchen angesprochen haben soll. Er erlitt mehrere Verletzungen im Gesicht, musste ins Krankenhaus.

► Ende Juni kam es im Freibad Berlin-Pankow zu einer [wüsten Schlägerei](#) zwischen Badegästen. Auslöser soll eine angebliche sexuelle Belästigung von zwei jungen Männern gewesen sein, die sich aber später als haltlos herausstellte.

Seit Wochen gibt es Meldungen von Massenschlägereien und Gewaltausbrüchen in Freibädern in ganz Deutschland.

Vorfälle mit pöbelnden und randalierenden jungen Männern in manchen Berliner Freibädern lassen sich aus Sicht des Senats „bedauerlicherweise nicht gänzlich verhindern“. Das sagte Innen-Staatssekretär Christian Hochgrebe (SPD) Ende Juni im Innenausschuss des Berliner

Abgeordnetenhauses. Pro Bad werden zwei bis sechs Wachleute privater Firmen eingesetzt, so Hochgrebe.

Doch nicht nur in Berlin, sondern bundesweit kommt es vermehrt zu Streit mit renitenten Badegästen, enthemmter Gewalt, Polizeieinsätzen und Schließungen.

► Im Freibad „Steinrausch“ in Saarlouis (Saarland) haben mehrere junge Männer einen Bademeister und zwei Sicherheitsmitarbeiter attackiert. Die Polizei fahndet nach den Tätern.

Die Folge: [Ein Sicherheitsdienst wurde engagiert, der das Personal schult.](#)

Ziel: Bademeister sollen rechtssicher sein, die deutsche Sprache beherrschen. Sicherheitsmitarbeiter kontrollieren außerdem am Eingang die Taschen der Badegäste.

► Viele Bäder haben aufgerüstet, bezahlen externe Security-Firmen für den Schwimmbad-Schutz. In Berlin sollen im Laufe des Sommers sogar mobile Wachen der Polizei stehen.

Folge: Freibäder geschlossen oder eingeschränkt wegen Personalmangel

► Der Chef der Berliner Bäder-Betriebe, Johannes Kleinsorg, sorgt sich um seine Mitarbeiter: „Die Menge der Vorfälle und das Verhalten einiger Badegäste stellen (...) eine extreme Belastung dar.“ Nach solchen Vorfällen steige die Krankenquote stark an.

Mit dem schwindenden Respekt vor Bademeistern schwindet auch deren Motivation, den Job auszuüben. Allein in Niedersachsen und Bremen fehlen bis zu 400 Fachkräfte.

Folge: Öffnungszeiten müssen eingeschränkt, Bäder geschlossen werden.

Das Columbiabad Berlin war Montag und Dienstag dicht: kein freiwilliges, gesundes Personal mehr.

<https://www.spiegel.de/panorama/letzte-generation-zehn-aktivisten-nach-flughafenblockade-in-hamburg-wieder-frei-a-cf2ae9de-57a7-4516-872b-dfd6f606a798> 13.7.2023

Zehn Aktivisten nach Flughafenblockade in Hamburg wieder frei

Aktivistinnen und Aktivisten der Gruppe Letzte Generation haben am Morgen unter anderem das Rollfeld am [Hamburger Flughafen blockiert](#), zeitweise war der Flugbetrieb unterbrochen. Nun sind zehn im Rahmen der Aktion in Gewahrsam genommene Protestierende wieder auf freiem Fuß.

Nicht erhärtet: Vorwurf des gefährlichen Eingriffs in den Luftverkehr

Auch der Tatvorwurf des gefährlichen Eingriffs in den Luftverkehr sei geprüft worden. Der Verdacht habe sich jedoch nicht erhärtet. Mangels Haftgründen seien die zehn Demonstranten freigelassen worden, sagte der Sprecher weiter.

Laut Bundespolizei hatten sie am Morgen – dem ersten Tag der Sommerferien in Hamburg – den Zaun am Flughafen aufgeschnitten und sich Zugang auf das Gelände verschafft. Mit Leihrädern seien sie dann Richtung Rollfeld gefahren. Jeweils zwei Protestierende hatten sich demnach an vier Stellen auf Zubringerwegen in der Nähe von Start- und Landebahnen festgeklebt. Der Flugbetrieb wurde daraufhin für mehrere Stunden eingestellt.

Beamte der Bundespolizei hätten die Aktivisten vom Boden gelöst, so ein Sprecher. Dabei seien auch Teile der Rollbahn herausgeschnitten worden.

Auch am Düsseldorfer Flughafen blockierten Mitglieder der Gruppe am Morgen Rollbahnen. Bereits Ende November hatte die Gruppierung [den BER für fast zwei Stunden lahmgelegt](#), im Mai besprühten Aktivisten dann ebenfalls am Flughafen Berlin Brandenburg geparkte »Privatjets« [großflächig mit oranger Farbe](#).

2. „POLITISCHES“:

https://www.achgut.com/artikel/cum_ex_frischer_rechtsstaatlicher_wind

11.7.2023

Cum-Ex: Frischer rechtsstaatlicher Wind?

Der parlamentarische Cum-Ex-Untersuchungsausschuss bekommt nun Zugang zu Ermittlungsakten der Kölner Staatsanwaltschaft. Trotz Corona-Debakel: Hier zeigt sich, wie Deutschlands Gewaltenteilung mal verblüffend gut funktioniert. Und wie wichtig von der Legislative eingesetzte Untersuchungsausschüsse sind.

Es gibt Neues im Cum-Ex-Skandal: Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss (PUA) hat Zugang auf Akten der ermittelnden Staatsanwaltschaft bekommen, womit diese nun potenziell belastendes Material in den Händen halten, etwa über Olaf Scholz, den früheren SPD-Bundestagsabgeordneten Johannes Kahrs, den früheren SPD-Innensenator Alfons Paweczyk und die Hamburger Finanzbeamtin Daniela P.

Zwar kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht darüber geurteilt werden, ob und inwiefern der Öffentlichkeit Unbekanntes in dem Datenmaterial enthalten ist. Die Justizbeamten überreichten dem Untersuchungsausschuss allerdings USB-Sticks mit elf Gigabyte (!) Material. Angesichts dieses Volumens wäre durchaus zu erwarten, dass Wesentliches oder Brisantes nun auf Entdeckung durch einen parlamentarischen Akteur wartet. Diese Informationen sind dem Hamburger Abendblatt [vom 8. Juli zu entnehmen](#). Das ist für sich nachrichtenrelevant, interessant sind aber auch die politischen Vorgänge drumherum.

Möglich wurde der Zugang zu den Akten nämlich durch den „Rücktritt“ des Kölner Leitenden Oberstaatsanwalts Joachim Roth, der sich mit nur 63 Jahren in den vorzeitigen Ruhestand verabschiedete. Hintergrund sind dem Kölner Stadt-Anzeiger [zufolge](#) „Differenzen mit Justizminister

Benjamin Limbach (Grüne).“ Dabei gehe es um „die Herausgabe von Akten zur Cum-Ex-Affäre der Warburg Bank und der HSH Nordbank an den Hamburger Untersuchungsausschuss.“

<https://www.nius.de/News/bund-bunkert-610-millionen-euro-eu-gelder-fuer-flutopfer-nicht-im-ahrtal-angekommen/f9aef190-feda-45a0-b91c-137a9194cd9a> 11.7.2023

Bund bunkert 610 Millionen Euro: EU-Gelder für Flutopfer nicht im Ahrtal angekommen

CDU-Politiker werfen der Bundesregierung vor, EU-Gelder für Flutopfer nicht weiterzugeben.

Die EU hat im März über 610 Millionen Euro für die Flutopfer an den Bund überwiesen, die jedoch nicht ausgezahlt wurden.

Die Bundesregierung argumentiert, sie habe Hilfen vorfinanziert und decke mit dem Geld Zinsen, die durch die Unterstützung für die Flutopfer angefallen seien.

Zwei Jahre nach der verheerenden Flutkatastrophe an der Ahr und in der Region Trier ist der Wiederaufbau noch immer im Gange und jeder Euro wird dringend benötigt. Doch es gibt Vorwürfe, dass nicht alle für die Flutopfer vorgesehenen Gelder auch tatsächlich bei ihnen ankommen, berichtet der SWR.

DU-Politiker aus Rheinland-Pfalz, darunter der EU-Abgeordnete Ralf Seekatz, die Bundestagsabgeordnete Mechthild Heil und der Landtagsabgeordnete Horst Gies, erheben schwere Vorwürfe gegen die Bundesregierung. Sie behaupten, dass EU-Gelder, die für die Flutopfer im Ahrtal und in Nordrhein-Westfalen bestimmt waren, vom Bund einbehalten wurden.

Geld bleibt beim Bund – angeblich, um Zinsen zu begleichen

Laut Seekatz hat die EU im März mehr als 610 Millionen Euro für die Flutopfer an den Bund überwiesen. Diese Mittel wurden jedoch laut den

CDU-Politikern nicht an die betroffenen Regionen weitergeleitet.

Stattdessen argumentiert der Bund, er habe Hilfen vorfinanziert und nutze das Geld nun zur Deckung von Zinsen, die durch die Unterstützung für die Flutopfer entstanden sind.

Diese Praxis sei "anders als bei früheren Katastrophenereignissen" und "ein Schlag ins Gesicht der Betroffenen in den Flutregionen", so die Abgeordneten. Seekatz stellt die Frage, warum in der Vergangenheit anders verfahren wurde und gerade bei dieser Katastrophe die Gelder nicht weitergeleitet werden.

Am Wochenende besuchte Bundespräsident Steinmeier die Region anlässlich des bevorstehenden zweiten Jahrestags der Flutkatastrophe. Den Rotweinwanderweg bei Bad Neuenahr Ahrweiler ließ er sich in einer gepanzerten Limousine hinauf fahren.

Horst Gies, Landtagsabgeordneter aus Ahrweiler, zeigt sich ebenfalls empört und fordert eine Erklärung, sollte die Landesregierung in Mainz dieser Vorgehensweise zugestimmt haben. Gies weist darauf hin, dass die Landesregierung selbst nur 11,2 Mio. Euro pro Jahr für die Fluthilfe im Haushalt hat.